



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 10.12. bis
12.12.2024
– Auszug aus Drucksache 19/4445 –**

Frage Nummer 36
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Toni
Schuberl**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Angeichts der Aussage des CSU-Landtagsabgeordneten Stefan Ebner, wonach die in Tschechien geplanten Atomkraftwerke „deutlich niedrigere Sicherheitsstandards“ haben, frage ich die Staatsregierung, mit welchen Mitteln Ministerpräsident Dr. Markus Söder in Tschechien höchste Sicherheitsstandards erzwingen möchte, wie die Staatsregierung im Rahmen einer von Dr. Markus Söder geforderten „Atomkraft-Partnerschaft“ sicherstellen will, dass Bayern immer genau dann genügend und dann auch günstigen Strom aus Tschechien bekommt, wenn es diesen aufgrund von Schwankungen im Netz brauchen kann, und welche Forderungen Dr. Markus Söder gegenüber der tschechischen Regierung hinsichtlich der Endlagerung des Atommülls erhebt?

**Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz und des
Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, wird im Zuge seiner Reise nach Prag am 12.12.2024 gemeinsam mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala Wege und Möglichkeiten erörtern, um die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien im Energiebereich weiter zu verstärken.

Die Sicherheit der tschechischen Kernkraftwerke wird seit vielen Jahren regelmäßig und eingehend im Rahmen der deutsch-tschechischen Kommission für kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz (DTK) erörtert. Bayern ist als unmittelbar angrenzendes Bundesland Mitglied dieser Kommission. Darüber hinaus hat der Freistaat an den bereits vor einigen Jahren durchgeführten UVP-Verfahren zum Neubau von Kernkraftwerken an den Standorten Temelín und Dukovany teilgenommen und dabei insbesondere höchste Transparenz in den Verfahren sowie die Einhaltung aller internationalen Regelungen und Sicherheitsstandards eingefordert.

Bezüglich der Endlagerung des Atommülls fordert die Bayerische Staatsregierung von der tschechischen Regierung, dass die Sicherheit an oberster Stelle steht und die bayerische Bevölkerung durch den Bau und Betrieb des tschechischen Endlagers keine Nachteile erfahren darf.

Zudem sind insbesondere die Belange des Grundwasserschutzes, des Naturschutzes und des Tourismus zu beachten.